

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/3

Bonn, den 4. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Zehn Jahre im Kampf gegen den Hunger</u>	58

Von Hans-Jürgen Wischniewski,  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3	<u>Das Anticbild</u> Die Menschen "dort drüben"	45
---	--	----

4	<u>Wilhelm Käber</u> Abschied von der aktiven Politik	46
---	--	----

5 - 6	<u>Israel treibt die Industrialisierung voran</u>	90
-------	---	----

Von Robert Gabor,  
Chefredakteur des International Feature Service

+ + +

## Zehn Jahre im Kampf gegen den Hunger

Von Hans-Jürgen Wischniewski,  
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Relativ spät erst begann sich Deutschland am Kampf gegen den Hunger zu beteiligen. Es war erst im Jahre 1956, daß eine parlamentarische Initiative zu einer Position im Bundeshaushalt führte, die ausdrücklich für die Förderung der Entwicklungsländer bestimmt war. Seitdem sind zehn Jahre vergangen, in denen es der Bundesrepublik Deutschland gelang, in die Spitzengruppe der Geberländer vorzurücken. Mit über 30 Milliarden DM effektiven Leistungen steht sie heute an vierter Stelle in der Welt; vor ihr rangieren nur noch die USA, Frankreich und Großbritannien. Damit leistet Deutschland einen seinem Rang als Industrie- und Handelsnation entsprechenden Beitrag im weltweiten Kampf gegen den Hunger, Krankheit und Unwissenheit.

### Im Kreuzfeuer der Kritik

Die Entwicklungshilfe stand in den vergangenen Jahren bei der deutschen Öffentlichkeit häufig im Kreuzfeuer der Kritik. Doch ging es dabei meist weniger um die Frage ob, sondern vielmehr darum, wie man den Entwicklungsländern bei ihrem Aufbau helfen sollte. Mittlerweile sieht man die Probleme schärfer und auch die Schwierigkeiten, die sich vor ihrer Lösung auftürmen. Meinungsumfragen der jüngsten Zeit haben ergeben, daß drei Viertel der deutschen Bevölkerung, wenn auch teils mit kritischer Distanz, die Entwicklungshilfe bejahen. Das ist eine Vertrauensbasis, auf der man aufbauen und von der aus man arbeiten kann.

### Hilfe muß effektiver werden

Zehn Jahre deutsche Entwicklungshilfe, das heißt auch ein Jahrzehnt Experimente. Erfahrungen lagen Mitte der Fünfziger Jahre kaum vor. Doch man kann heute wohl sagen, daß die Phase des Experimentierens so ziemlich abgeschlossen ist. Es gilt jetzt, gezielt und konzentriert zu arbeiten. Die Erfahrungen, die sich angesammelt haben, müssen der Entwicklungspolitik noch mehr nutzbar gemacht

werden; gerade jetzt, denn die finanzielle Situation unseres Landes zwingt uns zu ökonomischer Arbeit; das aber heißt nichts anderes, als mit den gleichen Mitteln mehr erreichen bzw. mit weniger das-selbe. In unserer angespannten Situation muß die Arbeit der privaten Organisationen aktiviert werden. Ihr Erfahrungsschatz und ihr Reser-voir an qualifiziertem Personal sind vorzüglich geeignet, Lücken zu schließen und die Entwicklungspolitik der Bundesregierung effek-tiver zu machen.

### Sie außenpolitische Bedingungen

Von der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe schließlich hängt auch ihr Nutzen für unsere Außenpolitik ab. Es wurde häufig die Frage diskutiert, wer den Primat habe, Entwicklungspolitik oder Außenpolitik. Wenn man nicht übersehen will, daß beide eng mitein-ander verknüpft sind, dann ist dies eigentlich keine Frage. Aber andererseits: Die Entwicklungshilfe kann der Außenpolitik nur so-viel nutzen, als sie in sich gut ist. Ob man die Vergabe von Ent-wicklungshilfe mit außenpolitischen Bedingungen verknüpfen soll, ist eine weitere oft diskutierte Frage. Ich meine: W e i n! Ich halte es hier aber mit dem klugen Wort des pakistanischen Staats-präsidenten, der sagte: Wer von jemandem Hilfe annimmt, hat die zu-mindest moralische Verpflichtung, dem anderen nicht in den Rücken zu fallen.

### Entwicklungshilfe - keine kurzfristige Modeerscheinung

Die deutsche Entwicklungshilfe ist ein Jahrzehnt alt. Sie hat ihr Ziel, sich selbst überflüssig zu machen, in diesem kurzen Zeitraum natürlich nicht erreichen können. Zu groß sind die Proble-me, denen sie sich gegenübersteht. Die Entwicklung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas und der Kampf gegen den Hunger sind keine kurz-fristigen Modeerscheinungen. Sie werden vielmehr nicht nur uns, son-dern auch noch unsere Kinder, vielleicht noch unsere Enkel beschäf-tigen. Der Weg, der vor uns liegt, ist beschwerlich und sein Ende ist nicht abzusehen. Aber wir müssen ihn gehen; eine andere Chance haben wir nicht.

## Das Antibild

### Die Menschen "dort drüben"

Der Zeitgenosse, der mit wachem Sinn und mit dem nötigen Pessimismus ausgestattet, die gesamtdeutsche Entwicklung durch die Jahre beobachtet, wurde durch das Deutsche Fernsehen auf einen besorgniserregenden Tatbestand aufmerksam gemacht.

Ein Meinungsforscher hatte sich der Aufgabe zugewendet, Untersuchungen über die Selbstbeurteilung der Deutschen in der Bundesrepublik vorzunehmen. Nun war das Ergebnis, daß der repräsentativ befragte Bundesbürger über sich selbst gar, durchaus nicht überraschend, noch war das selbstgefällige Eigenbild nicht besonders auffregend. Sicher kämen, wenn ähnliche Untersuchungen in anderen Ländern angestellt würden, ähnliche Ergebnisse des Eigenlobes zustande. Denn: Wer sieht sich gern als verkrampten, als unordentlichen, als verbissenen Pessimisten usw. an? Insofern sollte dem Urteil nicht allzu große Bedeutung zugemessen werden.

Der zweite Teil der Umfrage jedoch, der den wissenschaftlichen Versuch unterlag, eine Beurteilung über den Bürger im kommunistisch gesetzten Teil Deutschlands, den "Zonendeutschen", vorzunehmen, zeigte jedoch eine bestürzende Einstellung der Bundesbürger zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands.

Wo Selbstlob in der Eigendarstellung zum ausschließlichen Leitbild sich prägte, waren die Eigenschaften der "Zonendeutschen" mit den entsprechenden negativen Vorzeichen versehen. Aus dem positiven Eigenbild fixierte sich ein negativer Film, dem alle Mängel eines unterbelichteten Antibildes anhafteten. Wohlbemerkt, es handelt sich um die vielzitierten "Brüder und Schwestern" im anderen Teil Deutschlands, die allzu oft der propagandistischen Verzerrung unterliegen, die mit sentimentalem Mitleid, als die zu kurz gekommenen Verwandten dargestellt oder hinter vorgehaltener Hand einfach mit Kaltschnauzigkeit abgetan werden. Die täglichen Auseinandersetzungen mit dem Regime im anderen Teil Deutschlands übersetzten sich in der Anschauung breiter Bevölkerungskreise der Bundesrepublik auf das Gesamtbild der Menschen dieses Gebietes. Gewiß, daß ist ein nicht gewollter Vorgang, weil immer eine strenge Trennung zwischen Regime und Bevölkerung in Verlautbarungen, Reden, Artikeln usw. vorgenommen wurde.

Aber die Psychologie hat eigene Wege beschritten. Die Trennung war, wie der Test zeigt, ein vergebliches Bemühen. Die Auseinandersetzung prägte in weiten Kreisen der Bevölkerung negative Leitbilder für alle Menschen "dort drüben".

Natürlich ist dieser Vorgang "dort drüben" seit langen nicht vorborgen geblieben. Wo sich hier Selbstgefälligkeit, oft auch dummer Hochmut herausgebildet hat, ergriff die andere Seite zunächst Verbitterung und zuletzt ein gewisser Trotz. Denn: Wer will sich schon als verkrampt, als verbissen, als unordentlich und so weiter dargestellt wissen? - Deutschland hat sich weiter auseinander geliebt. Das Röntgenbild eines Testes beweist, was Kritiker ohnehin wußten.

Wilhelm Käber

Abschied von der aktiven Politik

Kä. - Der langjährige Oppositionsführer im schleswig-holsteinischen Landtag, der sozialdemokratische Politiker Wilhelm Käber, wird am 6. Januar 1967 endgültig aus dem politischen Leben des nördlichen Bundeslandes ausscheiden. Käber wurde am 29. Dezember 1906 60 Jahre alt. Er wird aber sein Landtagsmandat noch bis zur Parlamentswahl am 23. April innehaben. Sicher wird er weiterhin seinen politischen Freunden mit seinen Erfahrungen zur Seite stehen.

Die politische Ära von Käber ist eng mit der Nachkriegsgeschichte von Schleswig-Holstein verknüpft. 1945, als der Feuerwerker Käber aus dem Kriegsdienst zurückkehrte, stellte er sich als aufrechter Sozialdemokrat sofort für den Wiederaufbau des Landes zur Verfügung. Er wurde Bürgermeister der Gemeinde Lockstedter Lager und Landrat des Kreises Steinburg. Im April 1945 bei der Landtagswahl, als die Sozialdemokraten 43 der 69 Mandate für sich eroberten, über er das Innenministerium der rein sozialdemokratischen Kabinette Lüdemann und Dickmann und war auch stellvertretender Regierungschef. Damals legte Käber die Grundlagen für eine demokratische Verwaltungs- und Polizeiorganisation in Schleswig-Holstein, die sich bis heute bewährt haben.

1950 bildete sich eine BürgerBlock-Regierung aus CDU, BHE, FDP und DP. Seitdem ist die CDU stärkste Regierungspartei und die Sozialdemokraten sind in der Opposition. Tatsächlich haben aber die Sozialdemokraten dank des großen Geschicks von Käber als Oppositionsführer und Fraktionsvorsitzender seit 1953 maßgebende Impulse für die Landespolitik vermittelt. Unter der Ära Käber wurde die Konstruktion des Oppositionsführers, des in seiner Position hervorgehobenen Fraktionschefs der stärksten Oppositionspartei, eingeführt. Dieses Amt hat Käber hervorragend zu nutzen gewußt. Er war der große Gesprächspartner der Minister Friedrich-Wilhelm Lübke, Kai-Uwe von Hassel und Dr. Helmut Lohke. Es gehörte in jenen Jahren schon außergewöhnliches Geschick dazu, den CDU-Fraktiker von Hassel in die Schranken zu verweisen und auf die wesentlichen landespolitischen und nicht parteipolitischen Vorgänge hinzuwirken.

Käber wurde 1963 von Bundespräsident Dr. Lübke mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband ausgezeichnet, weil er seine Aufgabe als Oppositionsführer darin sah, "eine konstruktive, den Interessen des Landes und seiner Bevölkerung dienende Kritik zu üben, wobei er sich stets zu einer fruchtbaren Wechselbeziehung zwischen Regierung und Opposition bekannte". Unter der Ära Käber ist der Sitzanteil der Sozialdemokraten von 19 auf 29 angestiegen. Jetzt hat er sein Amt als Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer in die Hände des neuen jungen SPD-Landesvorsitzenden Joachim Steffen gelegt. Im April sind in Schleswig-Holstein Landtagswahlen. Die Chancen einer sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung im Norden waren noch nie so gut wie gegenwärtig. Steffen hat schon erklärt, nach den Wahlen im Norden wird es dort nicht mehr möglich sein, gegen die Sozialdemokraten Politik zu machen.

## Israel treibt die Industrialisierung voran

Von Robert Gabor, Chefredakteur des International Feature Service

Die Vorbereitungen für einen neuen Abschnitt in der Industrialisierung Israels, wodurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und die zur Zeit bestehende Lücke im Handel geschlossen wird, sind von sehr viel Optimismus begleitet. Die Gebiete, auf die sich die Industrialisierungsmaßnahmen konzentrieren werden, sollen am 1. Januar bekannt werden. Für den Export traten am 1. November neue Förderungsmaßnahmen in Kraft, die u.a. eine steuerliche Bevertollung bis zu 8,5 Prozent beinhalten. Mr. Haim Zadok, Minister für Handel und Industrie, der vor kurzem aus Nordamerika zurückkehrte, untersuchte dort die Möglichkeiten neuer Investitionen auf Gebieten, die in der industriellen Entwicklung Israels der kommenden zehn Jahre eine Schlüsselposition einnehmen werden. Für den Monat Juli des nächsten Jahres wurde eine große Konferenz der führenden ausländischer Industrieunternehmer einberufen. Dieser Zeitpunkt wurde als geeigneter Termin festgesetzt, um Maßnahmen zu beschließen, die noch einmal Kapitalinvestitionen in Israel attraktiv machen sollen. Offizielle Stellen hoffen in der Zwischenzeit den Beweis einbringen zu können, daß man in Israel auf speziellen Gebieten genauso günstig Geschäfte machen kann wie in anderen Ländern, die sich um die Erfahrungen und das Kapital ausländischer Gesellschaften bemühen.

Die Exporte im nächsten Jahr werden das Ergebnis von Investitionen der Vergangenheit sein. Während die Gesamteinnahmen an Devisen vermutlich von 850 Millionen Dollar auf eine Milliarde Dollar in diesem Jahr steigen werden, wird sich der Export von Industriegütern innerhalb dieser Summe von 400 Millionen Dollar auf 460 Millionen Dollar erhöhen, davon allein 210 Millionen Dollar für Diamanten. Der für die Förderung des Exports im Haushalt vorgesehene Betrag beläuft sich auf 18 Millionen Dollar, d.h. mehr als das Doppelte der entsprechenden Position im Haushalt 1966.

- Wegen der steigenden Zahl der Arbeitslosen begann man schon jetzt mit detaillierten Planungsarbeiten für ein Atomkraftwerk und eine Salinenanlage zur Gewinnung von Meersalz als Teil eines 30-Millionen-Dollar-Vorhabens der Regierung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Für die Vorbereitungsarbeiten zu diesem Projekt werden allein 600 wissenschaftliche Fachleute und 250 Techniker benötigt.

Weitere Projekte, mit denen die Arbeitslosigkeit bekämpft werden soll, sind der Bau von neuen Studentenheimen und Verwaltungsgebäuden der Regierung in Jerusalem.

Die Minister für Wohnungsbau, Arbeit und Inneres haben 4,2

Millionen Dollar für "ausbaufähige Unternehmen in neuen Städten" vorgesehen. Weitere sechs Millionen Dollar sind für die Erweiterung von Schulen und öffentlichen Einrichtungen bereitgestellt. 500 in Elendsvierteln lebende Familien werden in Wohnungen eingewiesen, und zwar außer den im Haushalt dafür vorgesehenen Maßnahmen. Außerdem sind vier Millionen Dollar für den Bau von acht weiteren Häusern für Einwanderer vorgesehen. 28 Supermarkets sollen in den Provinzstädten mit einem Zuschuß von 3,7 Millionen Dollar entstehen. Etwa 8 bis 10 000 qm Fabrikhallen müssen mit den Mitteln des gegenwärtigen Haushalts fertiggestellt werden. Im Budget des nächsten Jahres sind weitere 4 000 qm vorgesehen. Auch preiswerte Hotels für ausländische Touristen sollen in ganz Israel möglichst rasch gebaut werden. Die Arbeit an dem 20-Millionen-Projekt eines Kraftwerkes in Tel Aviv begann bereits vor dem festgelegten Termin. Weiterhin werden zwei Eisenbahnbrücken und einige neue Stationen für Buslinien mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen Dollar gebaut.

Der Landwirtschaft wird ein Regierungszuschuß von 4,3 bis 7 Millionen Dollar zum Bau von Treibhäusern für Exportprodukte zugutekommen. Ferner sind vier Fabriken für den Versand von Zitrusfrüchten vorgesehen; die einzelnen Orte wurden dafür jedoch noch nicht festgelegt.

Zu den anderen Posten des Haushalts gehören 8,8 Millionen Dollar für den Bau von Verteidigungsanlagen und 2,3 Millionen Dollar für Straßen und Wasserleitungen. Für Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren ohne Berufsausbildung wird ein Programm mit 260 000 Dollar finanziert. Das aus drei Tagen theoretischem Unterricht und drei Tagen praktischer Arbeit besteht.

Der Minister für Arbeit, Mr. Yigal Allon, deklarierte mit Entschiedenheit, daß öffentliche Arbeiten geplant würden, nur um Arbeitslose zu beschäftigen. Im Gegenteil, sagte er, gäbe es nur Vorhaben, die zur Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur beitragen sollen. Sie würden zum geplanten Zeitpunkt unabhängig von der Lage auf dem Arbeitsmarkt in Angriff genommen werden. Der Zeitpunkt ihrer Verwirklichung werde nur verzerlegt, um sich die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zunutze zu machen. Der Minister führte aus, daß diese Vorhaben deshalb ausgewählt wurden, weil sie arbeitsintensiv sind und unterbrochen werden können, falls irgendwo Arbeitskräfte für die Industrie oder andere Wirtschaftszweige benötigt werden. Er sagte weiterhin, es sei unwahrscheinlich, daß durch das industrielle Wachstum im Jahre 1967 mehr als 8 000 Arbeitskräfte benötigt werden; es sei besser, durch den Bau von Hotels, Verwaltungsgebäuden, Straßen und Krankenhäusern Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen als in aller Eile eine unvollkommene Industrie auf die Beine zu stellen.

(WELTWEITE PARTNERSCHAFT)